

Wahlzeitung

für den Bezirk Meilen



Grüezi mitenand

Stabilität und Sicherheit – das ist gerade in diesen turbulenten Zeiten ein hohes Gut. Wir dürfen glücklich sein, in einem stabilen und sicheren Land zu leben. Aber wir müssen auch alles dafür tun, dass dies so bleibt.

Starke, selbständige Gemeinden, Ordnung bei den öffentlichen Finanzen und gute Rahmenbedingungen für die Gewerbebetriebe – das sind die Erfolgsfaktoren für den Standort Zürich. Zusammen mit meinen Ratskollegen setze ich mich für einen attraktiven Wirtschafts- und Werkplatz ein. Kriminalität und Gewalt, aber auch Missbräuche im Sozialwesen müssen offen diskutiert und bekämpft werden. Wir müssen uns wehren gegen den steten Ausbau der Kantonsverwaltung und immer mehr Gesetze und Verordnungen. Und vor allem müssen wir dafür sorgen, dass sorgfältiger und verantwortungsbewusster mit unseren Steuergeldern umgegangen wird.

Die SVP ist die Partei der klaren Grundsätze. Wir engagieren uns für den Mittelstand, das Gewerbe und die Landwirtschaft. Wir treten ein für tiefere Steuern, für attraktive Rahmenbedingungen und für die konsequente Durchsetzung unserer Rechtsordnung. Darauf können Sie zählen – auch in den kommenden vier Jahren.

Für Ihre Unterstützung am Wahlsonntag vom 12. April danke ich Ihnen schon jetzt ganz herzlich!

Mit freundlichen Grüßen

Theres Weber, Kantonsrätin
(Präsidentin SVP Bezirk Meilen)

www.theresweber.ch

Für Stabilität und Sicherheit



Trotz weltweiter Turbulenzen geht es der Schweiz gut: Unsere stabile Rechtsordnung und die guten Rahmenbedingungen machen unser Land und den Kanton Zürich zu einem beliebten Wohnort und Wirtschaftsstandort. Die SVP kämpft dafür, dass dies auch so bleibt.

Die Schweiz kann im internationalen Vergleich gut mithalten: Unsere Arbeitslosigkeit ist tief und die öffentliche Verschuldung relativ gering. Dies ist kein Zufall, denn in der Schweiz werden die Staatsausgaben, aber auch die Höhe der Steuern permanent kontrolliert – von der Bevölkerung.

Die direkte Demokratie sichert uns hohe Stabilität und Frieden. Die Unternehmen profitieren von guten Rahmenbedingungen, was Arbeitsplätze sichert und Wohlstand schafft. Junge Menschen haben bei uns vielfältige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie eine berufliche Perspektive. Diesen Qualitäten müssen wir Sorge tragen.

Die SVP kämpft aus Überzeugung gegen die zunehmende Paragraphenflut und Bürokratie. Darunter leiden insbesondere die Gewerbebetriebe: Arbeitszeiten, Lohnkontrolle, Arbeitssicherheit und Statistikaufwand usw. sind nur einige Stichworte. Mit der Überregulierung des Arbeitsmarktes wird letztlich auch die Sozialpartnerschaft geschwächt – ein weiterer Erfolgsfaktor für den Standort Schweiz. Geht es den rund 65'000 privaten

Unternehmungen im Kanton Zürich gut, geht es auch uns gut.

Ein funktionierendes soziales Netz ist wichtig für jede Marktwirtschaft. Gleichzeitig müssen Missbräuche im Sozialwesen konsequent bekämpft werden. Auch im Kanton Zürich wird der Sozialstaat immer stärker aufgebläht. Statt das erreichte Niveau zu sichern, werden die Leistungen stetig ausgebaut und die Umverteilung verstärkt: Mehrwertsteuererhöhungen für IV und AHV, Prämienexplosion bei der Krankenversicherung, «Solidaritätsprozente» für die Arbeitslosenversicherung, Steuererhöhungen für zunehmende Sozialhilfekosten usw. Wer profitiert? Die Sozialindustrie. Wer bezahlt? Familien, das Gewerbe und der einfache Steuerzahler. Das ist falsch.

Die SVP steuert einen verlässlichen Kurs. Unterstützen auch Sie die Politik der SVP!



Finanzpolitik aus der Sicht eines Praktikers

von Kantonsrat Rolf Zimmermann, Erlenbach



Private, gewinnorientierte Unternehmen werden nach dem Prinzip geführt: mit einem Minimum an Aufwand ein Maximum an Ertrag zu erzielen. Steigen die Kosten und sinken die Erträge, braucht es eine Sanierung. Also ein Management, das entweder die Kosten senkt oder in der Lage ist, die Erträge zu steigern.

Was wird dagegen unternommen? Um die Personalkosten zu senken, kommt es meist

zu Personalentlassungen. Bei Sachkosten wird zudem ein Investitionsstopp vorgenommen, was nur zu einer kurzfristigen Resultatverbesserung führen kann. Langfristig angestrebt wird aber die Sanierung eines Unternehmens mit dem Ziel, eine Ertragsverbesserung zu erreichen. Eine schwierige Aufgabe, die von einem Unternehmen viel Kraft, unternehmerisches Geschick und Tatkraft erfordert.

Gemeinden als Unternehmen?

Kann man eine Gemeinde wie ein Unternehmen führen und gegebenenfalls wie ein Unternehmen sanieren? Ja und nein. Grundsätzlich sind Gemeinden nicht gewinnorientierte Unternehmen – sie sind sogar gesetzlich verpflichtet, ausgeglichene Haushalte zu erzielen. Die Personal- und Sachkosten einer Gemeinde können wie bei einem Unternehmen saniert werden, nicht aber die Kosten zu welchen Gemeinden verpflichtet sind. Darun-

ter fallen u.a. Sozialkosten, Unterhaltskosten der Infrastruktur, Sicherheitskosten.

Wenn wir diese gebundenen Ausgaben (Verpflichtungskosten) sanieren, kommt es unweigerlich zu einem Leistungsabbau, was unangenehme Folgen verursacht. Um einen solchen Abbau zu verhindern, wird eine Gemeinde auf der Ertragsseite nach Lösungen suchen. Die Krux für die Sanierer von öffentlichen Haushalten, sprich Politikern, ist, die Steuern zu erhöhen. Beide Massnahmen (weniger Leistung wie auch höhere Steuern, Gebühren oder Abgaben) sind schmerzlich und daher unpopulär.

Verantwortung übernehmen

Sanierungspolitiker sind in der heutigen Zeit gefordert. Die meisten Haushalte der Gemeinden sind keine Sanierungsfälle, weil haushälterisch und überblickbar mit den Finanzen umgegangen wird. Wenn wir aber die Haushalte der Kantone oder den Bundeshaushalt ansehen, dann kommen grosse Sorgenfalten auf. Je höher die Stufe unserer Gesellschaft, desto weniger und sorgloser wird mit den Finanzen gewirtschaftet. Warum? Keiner und niemand fühlt sich verantwortlich, da über Geld verfügt wird, das dem Einzelnen nicht gehört!



Am wichtigsten ist Föderalismus bei Finanzen und Steuern

von Kantonsrat Claudio Zanetti, Gossau

Die von mir überaus geschätzte Staatsrechtlerin und ehemalige Nationalrätin der liberalen Partei, Suzette Sandoz, bezeichnete im

Zusammenhang mit der Neuregelung des eidgenössischen Finanzausgleichs (NFA) in der «Neuen Zürcher Zeitung» Föderalismus als «humanistische und politische Antwort auf die Globalisierung». Weiter stellte sie fest: «Dies entdeckt die ganze Welt gegenwärtig durch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Dieses führt den schweizerischen Föderalismus als das beste Beispiel einer multikulturellen Politik an, die in der Lage ist, Diskriminierungen zu verhindern. Auch die Europäische Union beginnt dies zaghaft einzusehen.»

Mögen, was Letzteres anbelangt, gewisse Zweifel angebracht sein, hat Frau Sandoz mit Ihrem Plädoyer für Föderalismus gewiss Recht. Föderalismus bringt Wettbewerb und damit bessere Resultate für die Bürgerinnen und Bürger. Die Annahme des NFA war daher ein ordnungspolitischer Sündenfall.

Wer daran glaubt, dass sich mit Politik etwas bewirken lässt, dass es für Probleme sowohl gute wie auch schlechte Lösungen gibt, und

dass es sozial gerecht ist, wenn die Guten belohnt und die Schlechten vom Leben bestraft werden, der muss den Zentralismus ablehnen. Und der muss auch dagegen antreten, dass diejenigen, die sich für die schlechten Lösungen entschieden haben, über den Finanzausgleich von den Leistungen derjenigen profitieren, die eine gute Ordnungspolitik betreiben.

Leider liess sich der Kanton Zürich in den letzten Jahren immer wieder über den Tisch ziehen. Nicht einmal die über Jahre hinweg zu viel bezahlten Krankenkassenprämien holte der Regierungsrat für die Zürcherinnen und Zürcher zurück. Und kein Regierungsmittglied erhebt Einspruch, wenn sich Kantone ohne jedes Kostenbewusstsein am Kanton Zürich schadlos halten.

Das muss sich ändern! Und das wird sich ändern, wenn Sie mithelfen, dass die SVP stärker wird.

www.zanetti.ch

Es braucht mehr SVP im Kantonsrat

von Kantonsrat Hans-Peter Amrein, Küsnacht

Mit den letzten Wahlen wurde der Kantonsrat farbenfroher. «Viele bunte Smarties» titelte die NZZ damals. Als süsse Überraschung erwies sich die neue Ratszusammensetzung nicht. Verantwortlich dafür ist eine neue «politische Mitte» aus BDP, GLP und CVP, welche immer wieder mit den linken Parteien stimmt und so vieles durcheinanderbringt.



und mit ihm die Bürokratie ungebremst wächst. Aufwand und kantonaler Verwaltungsapparat werden kontinuierlich weiter aufgebläht. Der Beschäftigungsumfang in den Direktionen soll bis ins Jahr 2018 auf 27'470 Vollzeitstellen und damit seit dem Rechnungsjahr 2013 um rund 10,4 Prozent ansteigen.

Dieser Anstieg liegt weit über dem Bevölkerungszuwachs. Neben der Zuwanderung ist er darauf zurückzuführen, dass Parlament und Regierung immer neue Gesetze und Verordnungen schaffen. Dies alles auf Kosten der Steuerzahler und auf Kosten unserer Freiheit.

Schuldenwirtschaft verhindern

Nach dem ersten Schiffbruch unternimmt die Regierung einen erneuten Anlauf zur Revision des Gemeindegesetzes. Diese Vorlage würde die Verwaltung weiter stärken und das Milizsystem schwächen; Gemeindefusionen würden übermässig gefördert.

Kernstück des Finanzteils ist ein neues Rechnungsmodell (HRM2), das zu einer gigantischen Schuldenwirtschaft führt. So soll das Verwaltungsvermögen neu zum sog. Verkehrswert bewertet werden. Da aber das Verwaltungsvermögen der meisten Gemeinden heute massgeblich abgeschrieben ist, müssten diese ihre öffentlichen Bauten und Strassen massiv aufwerten, um sie dann postwendend wieder von Neuem abzuschreiben. Zusätzlich sollen die Kommunen,

in Abkehr von der geltenden degressiven, zur linearen Abschreibungsmethode gezwungen werden. Auch hier stehen die SVP-Vertreter im Kantonsrat im Kampf für einen sorgsamem Umgang mit den öffentlichen Finanzen häufig ganz allein auf weiter Flur: CVP, BDP und GLP stimmen immer wieder mit den linken Parteien.

Dies müssen die Wähler wissen. Und aus diesen Gründen braucht es bei den Kantonsratswahlen mehr SVP – jede Stimme zählt!

www.hpamrein.ch

Veranstaltungen

Montag, 26. Januar, 20:00 Uhr

Veranstaltung mit den Regierungsräten Markus Kägi und Ernst Stocker (Gemeindesaal, Rotfluhstr. 96, 8702 Zollikon)

Samstag, 31. Januar, 09:00-12:00 Uhr

Standaktion in Zumikon

Samstag, 7. Februar, 09:00-12:00 Uhr

Standaktion in Hombrechtikon (bei Landi/Migros)

Dienstag, 24. Februar, 20:15 Uhr

Veranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli (Riedstegsaal, Bergstr. 111, 8707 Uetikon a.S.)

Samstag, 28. Februar, 09:00-12:00 Uhr

Standaktion in Erlenbach (Bahnhofstrasse)

Samstag, 7. März, 09:00-12:00 Uhr

Standaktion in Zollikon (Dorfplatz)

Samstag, 14. März, 09:00-12:00 Uhr

Standaktion in Männedorf (Leue-Märt)

Samstag, 21. März, 09:00-12:00 Uhr

Standaktion in Herrliberg (vor Volg)

Samstag, 28. März, 09:00-12:00 Uhr

Standaktion in Küsnacht (Dorfzentrum)

Montag, 30. März, 20:00 Uhr

Veranstaltung mit den Nationalräten Thomas Matter, Christoph Mörgele und Gregor Rutz (Gemeindesaal, Bahnweg 6, 8634 Hombrechtikon)

Samstag, 4. April, 09:00-12:00 Uhr

Standaktion in Meilen (Dorfzentrum/Volg)

Ein starkes, bewährtes Team im Kantonsrat



**Rolf R.
Zimmermann**

2x auf Ihre Liste

**Theres
Weber**

**Claudio
Zanetti**

**Hans-Peter
Amrein**

Liste 1



Jeder ist seines eigenen Glücks Schmid!

von Tumasch Mischol, Bezirksrat (Ersatzmitglied), Hombrechtikon

Was halten Sie davon, dass der Staat vorschreibt, wie Sie leben sollen, was Sie essen und trinken dürfen oder wann Sie einkaufen können? Jahr für Jahr treten neue oder geänderte Gesetze und Verordnungen in Kraft. Viele dieser Änderungen greifen direkt in unsere freiheitliche Ordnung. Sie schränken damit unser selbstverantwortliches Handeln ein und bevormunden uns.

Jede Gemeinschaft braucht Regeln, damit das Zusammenleben funktioniert. Diese Regeln werden in einer Demokratie von der Gesellschaft bestimmt. Wir entscheiden also grundsätzlich selber, inwieweit wir uns einschränken wollen und wo wir eine Grenze ziehen.

Für mich wird diese Grenze immer öfters überschritten. Haben Sie zum Beispiel auch davon gehört, dass ein Verbot für Cowboy- oder Ritter-Verkleidungen an der Kinderfasnacht ausgesprochen werden soll? Oder dass Rauchern das Rauchen in den eigenen vier Wänden nicht mehr erlaubt sein soll? Dass auf alkoholische Getränke eine Len-

kungsabgabe eingeführt werden soll, um damit die im Spital verursachten Kosten der «Komatrinker» zu finanzieren? Oder vom Ruf nach einem staatlichem Obligatorium von veganen Menüs in Kantinen?

In der Bundesverfassung steht an prominenter Stelle, dass jede Person Verantwortung für sich selber wahrnimmt und nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft beiträgt.

Selbstverantwortung stärken

Dass Herr und Frau Schweizer mit der Selbstverantwortung umgehen können, ist wohl unbestritten. Vermutlich sind wir weltweit die einzigen, die selber entscheiden, wie viel Steuern wir bezahlen wollen. Oder erinnern Sie sich an die Volksinitiative, die 2012 das Recht auf sechs Wochen Ferien für alle Arbeitnehmer in der Verfassung verankern wollte? Die Stimmbevölkerung hatte seiner-



zeit dieses Begehren selbstverantwortlich mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Teure Bürokratie

Diskutieren kann man über alles. Absurdes muss aber verhindert werden. Die SVP will dem wuchernden Staatsapparat und der ausufernden Gesetzes-

flut Grenzen setzen, damit der nötige Raum der persönlichen Freiheit und Verantwortung jedes Einzelnen gewahrt wird.

Damit nicht bald jede Lebenssituation staatlich geregelt ist, werde ich mich im Kantonsrat aus Überzeugung für die Selbstverantwortung der Bürger einsetzen. Mehr Freiheit bedeutet weniger staatliche Eingriffe, heisst weniger Bürokratie und letztlich auch eine geringere finanzielle Belastung jedes Einzelnen. Wenn Sie meine Meinung teilen und auch für Ihr Glück selber verantwortlich sein wollen, freue ich mich auf Ihre Unterstützung!

www.mischol.com

Für eine solide Grundschule

von Roberto Martullo, Meilen

In einem Land wie der Schweiz, welches über keine nennenswerten Ressourcen verfügt, gehört eine solide Ausbildung zu den wichtigsten Grundpfeilern des Wohlstands. Gemäss der PISA-Studie von 2013 ist die Schweiz im OECD-Vergleich die Nummer 1 in Mathematik und Nummer 3, was Lesen und Textverstehen anbelangt.



und hat später vielfältige Möglichkeiten, sich weiterzubilden. Wer mehr theoretisch veranlagt ist, wählt den Weg in die Berufswelt über das Gymnasium und eine akademische Laufbahn. Diese Balance gilt es in Zukunft weiter zu fördern. Die geringe Arbeitslosigkeit und die Attraktivität der Schweiz, zeigen uns, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.

und Protokolle. Andererseits erwarten die Eltern, dass ihr Kind die beste Unterstützung und Erziehung erhält.

Hier liegt es an uns Bildungspolitikern, einzugreifen und für das richtige Mass zu sorgen. Einerseits müssen wir dafür sorgen, dass die Schulen bzw. die Lehrer nicht zum Versuchslabor der Bildungsdirektion verkommen. Andererseits stehen wir in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass jedes Kind gemäss seinen Begabungen und Fähigkeiten gefördert und gefordert wird, damit es für die zukünftige Arbeitswelt bestens gerüstet ist.

www.martullo.ch

Dieses hervorragende Ergebnis verdanken wir einer fokussierten Bildungspolitik mit den Schwerpunkten Lesen, Rechnen und Schreiben sowie dem selbständigen Lernen der Kinder, Probleme zu erkennen und zu meistern.

Unser duales Bildungssystem ist praxisnah und weltweit einzigartig. Wer praktisch veranlagt ist, macht eine fundierte Berufslehre

Im Bezirk Meilen kennen wir praktische keine Probleme wie in den Städten, wo die Schulen zunehmend mit Schülern mit Migrationshintergrund konfrontiert sind, welche unsere Sprache nur rudimentär oder gar nicht verstehen. Unmögliches wird aber von den Lehrern verlangt. Einerseits fordern die Schulleitung und die Bildungsdirektion immer mehr Formulare

Impressum

Redaktion/Koordination:

Schweizerische Volkspartei Bezirk Meilen
Postfach 470, 8702 Zollikon
www.svp-bezirk-meilen.ch

PC-Konto: 80-52149-0

Auflage:

55'000 Exemplare

Sichere und unabhängige Energieversorgung

von Christian Hurter, Uetikon

Ein mittelfristiger Ausstieg aus der Atomenergie Schweiz heisst Stromlücken akzeptieren. Reduktion der fossilen Brennstoffe heisst Umstellung auf strombasierte Lösungen. Durch Wachstum der Bevölkerung und Ausbau des Wohlstandes resultiert ein höherer Landesenergieverbrauch.

Träumereien

Nur Träumer glauben, dass diese drei Tendenzen vollständig durch erneuerbare Energien kompensiert werden können.

Zur Zeit ist der Stromanteil an unserer Energieversorgung 25% und jener der fossilen Brennstoffe 60%. Nur schon eine teilweise Abkehr von den fossilen Brennstoffen hin zur Elektrizität mit Wärmepumpen und Elektroautos, was politisch gefördert wird, kann mit den herkömmlichen erneuerbaren Energien nicht aufgefangen werden. Selbst das

europäische Modell mit Windparks im Norden und Solarkraftwerken im Süden sowie unzähligen Kleinproduzenten auf Hausdächern und einzelnen Windgeneratoren vermag nicht ohne Braunkohle- und Atomkraftwerke auszukommen.

Energie als Druckmittel

Die Schweiz hat den grossen Vorteil der Wasserkraft, die pausenlos zur Verfügung steht und weder wind- noch sonnenabhängig ist. Diese deckt jedoch nur die Hälfte des Stromverbrauchs in der Schweiz ab. Der grösste Teil der verbleibenden Hälfte wird heute durch eigene AKW sichergestellt. Diese still zu legen und auf die Liefertreue der



Nachbarn zu hoffen, ist blauäugig, denn in der Knappheit wird die Energie zu einem politischen Druckmittel.

Fazit: Wir brauchen eigene Atomkraftwerke, die auf dem höchsten technischen Stand sicher produzieren. Ein Baustopp für neue Anlagen ist sicherheitstechnisch fatal und begünstigt den Bau von AKW

in Nachbarländern nahe unserer Grenze mit unkontrollierbaren Sicherheitsstandards und unsicherer Lieferverpflichtung. Gleichzeitig sollen alternative Energieproduktionsmethoden und energieeffizientere Verbraucher entwickelt und gefördert werden, die wiederum die notwendige Anzahl der AKW reduzieren.

Unser Gewerbe – ein zuverlässiger Arbeitgeber

von Peter Frey, Stäfa

Unsere KMU-Betriebe erbringen nicht nur wichtige Dienstleistungen im Alltag. Sie bieten für 75% aller Arbeitnehmenden in der Schweiz auch zuverlässige Arbeitsplätze. Zudem schaffen diese Betriebe auch gut 70% aller Lehrstellen für Schulabgänger.



10 Jahren fast unkontrolliert um 70% gestiegen, und dies meist ohne jede Mitbestimmung der Stimmbürger. Gebühren werden so oft zu indirekten, versteckten Steuern, die dem Staat Mehreinnahmen bieten, den Bürger das Gewerbe jedoch immer mehr belasten.

Mit den Volksinitiativen sollen die Erhebung von Gebühren demokratisch und die Höhe

Damit dies auch in Zukunft so bleibt, dürfen wir das Gewerbe nicht mit immer mehr Vorschriften, Verboten und Gebühren belasten, denn diese Faktoren schwächen die Leistungsfähigkeit der Betriebe je länger je mehr. Genau aus diesem Grund hat ein Initiativkomitee, bestehend aus Vertretern des kantonalen Gewerbeverbands Zürich und des Hauseigentümerversbands Kanton Zürich eine Initiative gestartet, die am 14. Juni 2015 zur Abstimmung kommt.

Die Initiative, die auch vom Kantonsrat zur Annahme empfohlen wird, heisst «Ja zu fairen Gebühren». Sie will, dass die Gebühren neu von Parlament und Volk kontrolliert werden. Die Gebühren sind in den letzten

von Gebühren durch konkrete Vorgaben transparent gemacht werden. Durch einen Gebührenkatalog, welcher vom Parlament zu Beginn der Legislatur genehmigt werden muss, soll dieses Ziel erreicht werden. Ziel ist es, dass die Gebühren künftig nicht mehr unkontrollierbare Geldquellen des Staates sind, welche immer mehr fast einem Selbstbedienungsladen gleich kommen. Aus gesetzgeberischen Gründen braucht es für diese Änderung zwei Initiativen. Zum einen muss die Kantonsverfassung geändert und zum zweiten das Gemeindegesetz angepasst werden.

Die SVP will das Gewerbe stärken und setzt sich darum gegen unnötige bürokratische Auflagen und Gebühren durch den Staat ein.

SVP-Liste 1

1. **Theres Weber** (bisher), Geschäftsfrau, dipl. Pflegefachfrau, Uetikon
2. **Claudio Zanetti** (bisher), Jurist, Gossau
3. **Hans-Peter Amrein** (bisher), Geschäftsführer, Küsnacht
4. **Rolf R. Zimmermann** (bisher), Vermögensverwalter, Erlenbach
5. **Tomasch Mischol**, dipl. Gemeindeschreiber, Hombrechtikon
6. **Roberto Martullo**, Unternehmer, Meilen
7. **Christian Hurter**, Geschäftsführer, Uetikon
8. **Peter Frey**, Unternehmer, Stäfa
9. **Barbara Kluge**, Geschäftsführerin, Meilen
10. **Domenik Ledergerber**, Landwirt, Herrliberg
11. **Martin Schneider**, Unternehmer, Küsnacht
12. **Thomas Lüthi**, dipl. Turn- und Sportlehrer, Männedorf
13. **Martin Hirs**, dipl. Immobilien-Treuhänder, Zollikerberg



Ernährung sichern - Schweiz stärken

von **Domenik Ledergerber, Herrliberg**

Die weltweite Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Mit 64% (BfS, 2011) hat die Schweiz einen bedenklich tiefen Bruttoselbstversorgungsgrad im weltweiten Vergleich.



Gemüse, Fleisch etc. produziert, weniger staatliche Unterstützung. Oder anders gesagt: Für Schweizer Bauern ist es finanziell attraktiver, auf ihren Feldern Blumenwiesen anzusäen statt darauf Lebensmittel zu produzieren.

Mit dem Bevölkerungswachstum steigt in der Schweiz die Nachfrage nach Lebensmitteln täglich. Jeden Tag verschwinden bei uns drei Landwirtschaftsbetriebe; der Selbstversorgungsgrad sinkt stetig. Dennoch zielt die heutige Landwirtschaftspolitik in die falsche Richtung. So wird die Abhängigkeit vom Ausland und auswärtigen Lebensmitteln immer grösser. Die Schweiz braucht eine Agrarpolitik, welche die ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Lebensmittelproduktion

in der Schweiz stärkt. Aus diesem Grund hat der Schweizerische Bauernverband die Initiative für Ernährungssicherheit lanciert. Die Initiative sichert die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Lebensmitteln langfristig und gibt den Bauernfamilien eine Perspektive. Dank qualitativ hochstehenden regionalen Lebensmitteln wird nicht nur die Schweizer Landwirtschaft gestärkt, sondern auch deren vor- und nachgelagerten Betriebe. In der Schweiz arbeiten rund 13% aller Beschäftigten in der Land- und Ernährungswirtschaft, zu einem grossen Teil in KMU. Und eben dieser grossen Anzahl an erfolgreichen Gewerbebetrieben verdanken wir den Wohlstand in der Schweiz.

Auch die SVP unterstützt die Initiative für Ernährungssicherheit in der Schweiz und kämpft so für unser Essen und den Wohlstand.

www.domenikleedergerber.ch

Der heutige schweizerische Standard an ökologischen Leistungen der Landwirtschaft ist weltweit am höchsten. Trotzdem wurden mit dem neu eingeführten Direktzahlungssystem im Rahmen der Agrarpolitik 2014-2017 die Beiträge erhöht, welche an ökologische Leistungen geknüpft sind. Seit dem Inkrafttreten der Agrarpolitik 2014-2017 im vergangenen Jahr erhält ein Landwirt, welcher Lebensmittel wie Milch,

Drohenden Verkehrskollaps um das Seebecken verhindern

von **Barbara Kluge, Meilen**

Das Zürcher Seebecken ist für alle Seegemeinden die Eintrittspforte in die Stadt Zürich. Viele von uns haben Ihren Arbeitsplatz in der Stadt Zürich oder müssen die Stadt auf dem Arbeitsweg durchqueren. Einwohnerinnen und Einwohner von Gemeinden aus dem Bezirk Meilen frequentieren in der Freizeit häufig die Zürcher Innenstadtquartiere, kaufen ein und besuchen Kulturveranstaltungen.

Leider scheint eine attraktive Innenstadt nicht zu den Zielen des Zürcher Stadtrats zu gehören. Wichtig ist der gute Zugang für den Privatverkehr und genügend Parkplätze in der Nähe der Geschäfte. Die in den letzten Jahren betriebene Neugestaltung von Strassenräumen und die systematische Aufhebung von Parkplätzen gleicht einem verkehrspolitischen Irrsinn!

Es sollte alles daran gesetzt werden, den motorisierten Individualverkehr auf den Haupttransversalen fließen zu lassen, genügend Parkmöglichkeiten zu erhalten – und nicht Planer damit zu beauftragen, mit unnötigen Baustellen und künstlichen Strassenengnissen (wie etwa sog. «Kap-Haltestellen») den

motorisierten Verkehr zu behindern. Vielmehr sollten unsere Politiker dafür einstehen, die knapp verfügbaren finanziellen Ressourcen für notwendige Sanierungen der Strasseninfrastruktur zu verwenden.

132 Bauprojekte werden 2015 vom Zürcher Tiefbauamt umgesetzt. Eines davon ist die Grossbaustelle Bellevue/Seebecken, die rund dreiviertel Jahre dauert und die mit längeren Sperrungen der wichtigsten Durchgangsrouten in der Stadt, entsprechenden Umleitungen und Verkehrsstaus verbunden sein wird. Die Bauarbeiten haben grosse Auswirkungen auf das Bellevue, die Quai-Brücke und das ganze Seebecken. Im Zuge der Bauarbeiten soll die rechte, stadteinwärts führende Fahrspur am Utoquai zu Gunsten eines abgesetzten Veloweges aufgehoben werden. Eine weitere Absurdität: Ein Veloweg ist wichtiger als das Interesse an einem fließenden Verkehr und guten Verbindungen zwischen der Stadt Zürich und dem Bezirk Meilen. Kein Gewerbebetrieb kann es sich leisten,



während mehreren Monaten vom Verkehr abgeschnitten zu sein. Provisorische Fussgänger- und Velo-Passerellen helfen da auch nicht. Es stellt sich die Frage, warum der Kanton bei Strassenbauprojekten keine Global- und Pauschalverträge abschliesst und damit Alternativen zur allein gültigen Regiearbeit

gibt. Bonus-Malus Klauseln ergeben Anreize für eine zügige Bauausführung. So könnten Bauverzögerungen und Kostenüberschreitungen eingedämmt werden. Die Grossbaustelle Bellevue/Quai-Brücke lässt sich leider heute nicht mehr neu konzipieren, aber mit einigen wenigen, flankierenden Massnahmen liessen sich die negativen Auswirkungen auf die umliegenden Quartiere und für die Gewerbetreibenden und alle schon ohnehin geplagten Verkehrsteilnehmer, die in die Innenstadt fahren wollen, etwas entschärfen.

Demokratie respektieren

von Gemeinderat Martin Schneider, Küsnacht

Bei ihrer Rede vor dem Parlament hat sich Bundespräsidentin Sommaruga über Festigung und Respektierung der Demokratie geäussert.

Viel wurde über den 9. Februar 2014 diskutiert. Das Thema wird uns auch weiterhin beschäftigen. Für mich ist entscheidend, dass dieser Entscheid respektiert wird: Er muss umgesetzt werden, weil es eine befürwortende Mehrheit so will.



le Nachahmer finden sollte? Wir haben uns aus der Knechtschaft befreit – und jetzt sollen wir uns plötzlich freiwillig unterwerfen? Gerichtsurteile von überall, nur nicht aus der Schweiz. Vorschriften aus dem EU-Raum, nur nicht von uns. Bundesverfassung hin oder her, die EU soll über uns «regieren»? Als einziges Land in Europa, das schwarze Zahlen schreibt, sollen wir dorthin, wo bald nur noch Schulden sind?

Was nützen uns da Aussagen wie «Vertraulichkeit und Nähe: dafür steht auch unsere direkte Demokratie ...», wenn anschliessend weder Vertraulichkeit noch Demokratie umgesetzt werden soll? Demokratie ernst nehmen heisst, Abstimmungsergebnisse respektieren. Dies schafft Vertrauen.

Jetzt stellt sich natürlich die Frage nach der EU. Brauchen wir sie? Selbstverständlich – aber die EU braucht auch uns. Genau dies blenden viele EU-Befürworter aus. Max Eduard Liehburg formulierte einst: «Wer knechtet, macht sich selbst zum Knecht.» Ist die Schweiz nicht eine Erfolgsgeschichte, die vie-

Der Kanton Zürich ist der Wirtschaftsmotor der Schweiz und der Bezirk Meilen mit seinen 11 Gewerbevereinssektionen und gegen 1'700 Mitgliedern gehört als starkes Glied ebenfalls dazu. Es ist unsere Pflicht, die Schweiz als Erfolgsgeschichte weiterhin mit Stolz und Respekt zu verteidigen. Bilaterale Verträge zwischen der EU und der Schweiz sind ein guter Weg. Warum nicht Verträge zwischen der Schweiz und der EU? Sicher aber kein Beitritt!

Ich betrachte es als meine Pflicht, die Worte von Bundesrätin Sommaruga ernst zu nehmen und die Vertraulichkeit und Nähe mit unserer direkten Demokratie zu verteidigen. Dies ist mein Wahlversprechen an Sie.

Nein zur ruinösen Erbschaftssteuer

von Gemeinderat Martin Hirs, Zollikon

Voraussichtlich am 14. Juni stimmen wir über die Initiative für eine nationale Erbschaftssteuer ab, welche von linken Parteien lanciert worden ist. Die Initiative will, dass Erbschaften und Schenkungen über 2 Mio. Franken schweizweit mit 20% besteuert werden. Lediglich Ehepartner bzw. registrierte Partner sind davon ausgenommen.

Kaum eine Initiative schaffte es bisher, noch vor dem Zustandekommen solcher heftige Reaktionen auszulösen. Grund ist die rechtlich fragwürdige Rückwirkungsklausel, gemäss welcher das noch auszuarbeitende Steuergesetz bereits ab 1. Januar 2012 rückwirkend gelten würde. Aufgrund dieser Klausel waren viele Notariate im Dezember 2011 hoffnungslos mit Erbvorbezugs- und Schenkungsverträgen überlastet: Viele Eltern, die ein Leben lang sparten, wollten das Risiko einer weiteren

Steuer nicht eingehen und übertragen ihre Immobilien und weitere Vermögenswerte vorzeitig an die Nachkommen.



Ablehnung durch die Räte

National- und Ständerat lehnen die Initiative klar ab. Abgesehen von der fragwürdigen Rückwirkungsklausel wird bei dieser Initiative einmal mehr an unserem föderalistischen und unternehmerfreundlichen Erfolgsmodell gesägt. Sie ist ein weiterer Versuch der Linken, in die Steuerhoheit der Kantone einzugreifen, welche die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen mehrheitlich abgeschafft haben. Zudem bekämpft sie die Kapitalbildung welches eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Volkswirtschaft ist. Aus all diesen Gründen ist es wichtig, dass diese verfehlte Initiative klar abgelehnt wird.

Bildung - Aneignung grundlegender Fähigkeiten

von Gemeinderat Thomas Lüthi, Männedorf

In der Schule sollen sich die Kinder und Jugendlichen das Rüstzeug für das Leben als erwachsene Menschen aneignen. Dass Lesen, Schreiben und Rechnen wichtige Kompetenzen bilden, ist klar.

Dennoch wird diesen Grundlagen zu wenig Zeit eingeräumt, wie das Beispiel «Rechtschreibung» zeigt.



Da heute der Computer Korrekturvorschläge unterbreitet, wird der Einhaltung der Rechtschreibung immer weniger Beachtung geschenkt. Als Folge davon weisen schon kurze Texte orthographische Fehler auf.

Kopfrechnen wird im Alltag kaum noch angewandt. Für einfachste Rechnungen greifen die Leute zum Rechner. Das Bewusstsein für Zahlen geht immer mehr verloren. Auf diese Weise verzettelt sich der Unterricht immer mehr; wird für Massnahmen zum Nachteilsausgleich und Aufholen von Defiziten eingesetzt. Die Schule richtet sich an den Schwächsten aus. Manche Lehrerin, mancher Lehrer würde gerne konsequent unterrichten, wird aber von Vorgaben und Administrationsarbeiten durchgehend gebremst.

Die Schulen müssen ihr Augenmerk wieder auf das Vermitteln von Wissen und Aneignen von grundlegenden Fähigkeiten richten. Es gilt: «Weniger ist mehr!» Selbstverständlich sollen weitere Fähigkeiten wie Recherchieren und Reflektieren gelernt werden, wozu aber erst umfassende Grundlagen Voraussetzung sind.

Jugendliche sollen den weiteren Verlauf ihrer Ausbildung ihrer Neigung nach, aber auch ihrem Können nach wählen können. Sei es für eine bestimmte Berufslehre, sei es für eine Mittelschule: Ein bestimmter Leistungsstand muss erreicht werden. Dabei stehen allen sämtliche Wege weiterhin offen. Ein allfälliger «Spätzügler» kann immer noch seinen Weg machen. Verkehrt ist, wenn talentierte Jugendliche in ihrem Werdegang aufgrund von falsch verstandener Chancengleichheit behindert werden. Unser bestehendes Bildungssystem hat sich grundsätzlich bewährt. Es soll nicht ständig mit neuen abwegigen Ideen verwässert werden, sondern sich auch in Zukunft an einer klaren Ausrichtung und an Leistung orientieren.



Stabilität & Sicherheit

Wieder in den Regierungsrat



Markus
Kägi

bisher

Ernst
Stocker

bisher



Zusammen mit **Thomas Heiniger**, bisher,
Silvia Steiner und **Carmen Walker Späh**

